

3700/J XXII. GP

Eingelangt am 07.12.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Mag. Johann Maier, DDr. Niederwieser
und GenossInnen**

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

**betreffend „Abhängigkeitserkrankungen: Kaufsucht (Shopping-Sucht) — Verschuldung
von SchülerInnen“**

Es gibt in unserer Gesellschaft immer mehr Möglichkeiten in Abhängigkeiten zu geraten.

Nach einem Bericht der österreichischen Ärztezeitung (25.02.2004) wird das Spektrum der Abhängigkeitskrankungen immer größer: Neben einem breiteren polytoxikomanen Gebrauch legaler oder illegaler Substanzen nehmen nicht substanzgebundene Abhängigkeiten wie Internet-, Ess-, Sex- sowie Kauf- und Spielsucht zu.

**Ein besonderes und zunehmendes Problem in allen Generationen stellt aus
Expertensicht die „Kaufsucht“ dar: Die im Dezember 2004 veröffentlichte AK-Studie
wies nach, dass junge ÖsterreicherInnen - vor allem Frauen - stark kaufsuchtgefährdet
sind.**

*„Jede zweite junge Frau zwischen 14 und 24 Jahren kaufsuchtgefährdet, 38 Prozent
Betroffene bei jungen Männern - Vorbeugende Maßnahmen nötig.“*

*In der Vorweihnachts- und Ausverkaufszeit ist die Versuchung besonders groß: Viele
KonsumentInnen verfallen dem Kaufrausch. Eine von der AK erstmals in Österreich
repräsentativ durchgeführte Studie in Kooperation mit der Uni Stuttgart-Hohenheim zeigt
erschreckende Ergebnisse: Jede vierte ÖsterreicherIn ist kaufsuchtgefährdet. Zudem sind
besonders junge Menschen, speziell Frauen, extrem betroffen: So ist jede zweite junge Frau
im Alter zwischen 14 und 24 kaufsuchtgefährdet, bei den Burschen sind es 38 Prozent.*

*„Kaufsuchtgefährdung ist unabhängig von Einkommen, Beruf, Wohnort oder Ausbildung“.
Gekauft würden oft unnötige Dinge. Überdies kann Kaufsucht schnell in den Teufelskreis der
Überschuldung führen. Bereits jetzt ist eine Reihe von Jugendlichen überschuldet“.*
(AK 20.12.2004)

Die AK forderte daher Schutz für kaufsuchtgefährdete KonsumentInnen:

- Entwicklung eines Präventionsprogramms für Kaufsuchtgefährdete
- verpflichtender Unterrichtsgegenstand Verbraucherbildung in Schulen
- mehr Geld für die österreichischen Schuldnerberatungsstellen für präventive Maßnahmen für kaufsuchtgefährdete und überschuldete KonsumentInnen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen gegen Kaufsucht und Verschuldung haben Sie im schulischen Bereich seit Veröffentlichung dieser zitierten AK-Studie ergriffen?
2. Liegen Ihnen konkrete Zahlen vor, wie viele Jugendliche (bzw. Schülerinnen) in Österreich bereits „kaufsüchtig“ sind (Aufschlüsselung männlich / weiblich und nach Bundesländer)?
Wenn nein, wie hoch werden diese geschätzt?
3. Liegen Ihnen konkrete Zahlen vor, wie viele Jugendliche (bzw. SchülerInnen) in Österreich verschuldet sind (Aufschlüsselung nach Bundesländer so weit als möglich)?
4. Wenn keine Zahlen für Österreich vorliegen - werden Sie diesbezügliche Studien in Auftrag geben bzw. werden Sie diesbezügliche Projekte fördern?
Wenn ja, in welcher Form?
Wenn nein, warum nicht?
5. Sind Ihnen Studien anderer EU-Mitgliedsstaaten bekannt, die sich mit der Problematik von Kaufsuchtgefährdung und Verschuldung von SchülerInnen befassen?
Wenn ja, was sind die Ergebnisse dieser Studien?
6. Welche Ursachen führen Ihrer Meinung nach in die Kaufsucht, insbesondere bei Jugendlichen (bzw. SchülerInnen)?
7. Welche sozialen Probleme sind Ihnen im Zusammenhang mit der Kaufsucht von Jugendlichen (bzw. SchülerInnen) bekannt?

8. Wie beurteilen Sie den Zusammenhang von Kaufsucht und Überschuldung bei Jugendlichen (bzw. SchülerInnen)?
Welchen Beitrag können die Schulen bzw. Lehrer leisten, um hier aufklärend zu wirken?
9. Welche Maßnahmen planen Sie aus bildungspolitischen Gründen 2005 und 2006 zur Bekämpfung von Kaufsucht und Verschuldung von Jugendlichen (bzw. SchülerInnen)?
Welche präventiven Aktivitäten (Präventionsprogramm) sind geplant?
10. Halten Sie zur Bekämpfung von Kaufsucht und Verschuldung von Jugendlichen (bzw. SchülerInnen) weitere legislative oder administrative Maßnahmen - eventuell gemeinsam mit anderen Ressorts - für notwendig?
Wenn ja, welche?
11. In welcher Form werden Sie die Öffentlichkeit - insbesondere Jugendliche (bzw. SchülerInnen) - auf die Problematik und die Auswirkungen von Kaufsucht und Verschuldung aufmerksam machen?
12. In welcher Form und Umfang sowie in welchen Fächern wird zurzeit in Schulen das Thema „Kaufsucht und Verschuldung“ behandelt (Aufschlüsselung nach Schularten und Altersklassen)?
13. Welche Unterrichtsmaterialien stehen in den Schulen den LehrerInnen konkret dafür zur Verfügung (Aufschlüsselung nach Schularten)?
14. Welche Haltung nehmen Sie zu einem verpflichtenden Unterrichtsgegenstand „Verbraucherbildung“ in Schulen ein?
Ist es für Sie denkbar, für bestimmte Schularten oder Altersgruppen diesen Unterrichtsgegenstand vorzuschreiben?
15. In welcher Form bzw. in welchen Lehrveranstaltungen und Angeboten der Weiterbildung werden LehrerInnen auf die Bearbeitung von Kaufsucht und Verschuldung vorbereitet?